

Wie wirkt die Hochrüstung auf die Bildung in der BRD?

Die unbedingte Aufrechterhaltung des Bildungsmonopols der herrschenden Klasse tritt heute in der BRD vor allem im Zusammenhang mit der imperialistischen Hochrüstungspolitik zutage. Im Bundeshaushalt haben die Aufwendungen für das von der NATO geschürte Wettrüsten absoluten Vorrang vor Bildung, Wohnungsbau, Sozialleistungen und Gesundheit. Obwohl die BRD in ihren Bildungsaufwendungen ohnehin hinter kleineren und wirtschaftlich schwächeren kapitalistischen Ländern wie Holland und Dänemark hinterherhinkt, gab es 1981 wie schon 1980 drastische Mittelkürzungen im Bildungshaushalt, die auch noch als „Sparmaßnahmen“ deklariert wurden. Sie gehen vor allem zu Lasten der Kinder der Arbeiterklasse, die gezwungen werden, die Hochrüstung unter Preisgabe einer qualifizierten Schul- und Berufsausbildung mitzufinanzieren.

Auf die katastrophalen Folgen der Rotstiftpolitik im Bildungsbereich weisen demokratische Kräfte immer dringender hin. Sie verweisen auf die über 60000 arbeitslosen bzw. kurzarbeitenden Lehrer, die überfüllten Schulklassen, die zunehmenden materiellen und sozialen Benachteiligungen für Kinder aus Arbeiterfamilien und nicht zuletzt auf die Beibehaltung des längst überholten dreigliedrigen Schulsystems, das heißt die Teilung der Schulen in Hauptschulen,

Realschulen und Gymnasien, die dem Erhalt bürgerlicher Auslese- und Bildungsprivilegien dient.

Die Masse der Arbeiterkinder besucht die neunklassige Hauptschule, Kinder aus den Mittelschichten und der Bourgeoisie die Realschulen und Gymnasien, die zu höheren Bildungsabschlüssen führen, die Gymnasien nach 13 Klassen zum Abitur.

Die Hauptschulen stehen in ihrer Bildungsleistung und ma-

teriellen Ausstattung an letzter Stelle im Schulsystem, obwohl die Mehrzahl der Kinder die Hauptschule besucht. Die Anzahl der Sitzenbleiber ist hier besonders hoch, etwa zwanzig Prozent eines Jahrgangs verlassen die Hauptschule ohne Abschluß.

Die Bildungsmisere der Hauptschulen ist krasser Ausdruck des Fortwirkens des bürgerlichen Bildungsprivilegs in der BRD. Mit dem Privileg auf Bildung bezweckt die herrschende Klasse, ihre Kinder für die Übernahme wirtschaftlicher und politischer Herrschaftsfunktionen im staatsmonopolistischen System bestmöglich zu befähigen.

Bildungsprivileg dient der herrschenden Klasse

Die Kinder der werktätigen Massen erhalten dagegen nur ein Minimum an Wissen vermittelt, gerade so viel, wie für ihre Heranbildung als Arbeitskräfte im kapitalistischen Reproduktions- und Ausbeutungsprozeß vom Standpunkt der Bourgeoisie aus als ausreichend erscheint.

Zur typischen Bilanz der staatsmonopolistischen Schulpolitik in der BRD gehören eine wachsende Anzahl Jugendlicher, die ohne Schulabschluß keinerlei Aussicht haben, eine Lehrstelle zu finden, und das weitere Absinken des allgemeinen Bildungsstandes. Wie auf einem Ende 1980 von der Volkshochschule Bremen und der Deutschen UNESCO-Kommission durchgeführten Kongreß festgestellt werden mußte, nimmt die Zahl der Analphabeten in diesem Land zu und reicht heute bis zu einer Million.

Immer mehr Jugendliche verlassen die Schule, ohne in ausreichendem Maße die Schriftsprache erlernt zu haben, und verlieren bald wieder die in der Schule erworbenen geringen Kenntnisse. Der Bremer Kongreß forderte angesichts dieses Bildungsnotstandes die Gewährleistung des „Rechtes auf Lesen, auf Arbeit und qualifizierte Berufsausbildung“.

Die Sozialdemontage im Schulwesen geht in zunehmendem Maße einher mit der Manipulierung für die imperialistische Hochrüstung. Ein militanter Antikommunismus, die Lüge von der angeblichen „Bedrohung aus dem Osten“ soll die Jugendlichen bereit machen, für die aggressiven Ziele des Imperialismus ihre sozialen Rechte, ihre Zukunft, ja ihr Leben zu opfern.

Laut jüngsten Beschlüssen der Kulturministerkonferenz wird dazu unter anderem im Unter-